

100-Tage-Medienkonferenz von Bundesrat Albert Rösti

Inhalt

Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Energie (BFE)	2
Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Umwelt (BAFU)	3
Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)	4
Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Verkehr (BAV)	5
Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Strassen (ASTRA)	6
Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL)	7

Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Energie (BFE)

WELCHES GESETZ	DABEI GEHT ES UM...
Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien	Der Bundesrat hat im Juni 2021 die Botschaft zum Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien («Mantelerlass») verabschiedet. Die Vorlage beinhaltet eine Revision des Energie- und des Stromversorgungsgesetzes. Mit ihr will der Bundesrat den Ausbau der einheimischen erneuerbaren Energien sowie die Versorgungssicherheit der Schweiz stärken , insbesondere auch für den Winter.
Gasversorgungsgesetz (GasVG)	Das Gasversorgungsgesetz sieht einheitliche Regeln vor, damit ein effizienter Gasmarkt entstehen kann. Heute gibt es im schweizerischen Gasmarkt weder eine nationale Netzgesellschaft wie Swissgrid im Strombereich noch eine Regulierungsbehörde wie die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom). Das erschwert die Umsetzung von Massnahmen zur Vorbeugung und Sicherstellung der Versorgungssicherheit.
Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz im Energiegrosshandelsmarkt (GATE)	Das Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz im Energiegrosshandelsmarkt verpflichtet die Marktteilnehmer der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) Angaben über ihre Transaktionen und Handelsaufträge zu übermitteln. Es dient dazu, mehr Transparenz zu schaffen, die Aufsicht zu verbessern sowie die Systemstabilität und Versorgungssicherheit zu stärken.
Business Continuity Management (BCM)	Massnahmen des Business Continuity Management (BCM) haben zum Zweck, für den Fall einer drohenden oder eintretenden Illiquidität vorbereitet zu sein, so dass die Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit weiterführen können. Die Massnahmen dienen der Versorgungssicherheit, weshalb nur Akteure verpflichtet werden sollen, die einen entsprechend grossen Einfluss auf die Versorgung haben.

Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Umwelt (BAFU)

WELCHES GESETZ	DABEI GEHT ES UM...
Klimagesetz (neu)	Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative. Das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit gibt den gesetzlichen Weg zum Netto-Null-Ziel vor und sieht konkrete Massnahmen wie eine finanzielle Unterstützung des Heizungsersatzes und die Förderung neuer Technologien vor.
CO2-Gesetz	Festlegung weitergehender Reduktionsziele und -massnahmen ab 1.1.2025.
Natur- und Heimatschutzgesetz	Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative. Mit der Anpassung soll gesichert werden, dass genügend Schutzflächen geschaffen werden, um dem Verlust von Tier- und Pflanzenarten entgegenzuwirken. Die Biodiversität soll auch in Siedlungsgebieten gestärkt werden.
Umweltschutzgesetz	Die Revision umfasst verschiedene Themen: Bessere Koordination von Lärmschutz und Siedlungsentwicklung; Anpassung der Altlastenbestimmungen (insb. Abschaffung von Pauschalen bei Schiessanlagen; Einführung von Abgeltungen für die Sanierung von Böden, wo Kinder regelmässig spielen); Streichung der Lenkungsabgaben auf den Schwefelgehalt von Heizöl "Extra-leicht" bzw. von Benzin und Diesel; Anpassung der Abfallbestimmungen und der Bestimmungen zur Reduktion der Umweltbelastung, welche Rohstoffe und Produkte verursachen.
Wasserbaugesetz	Anpassung des Hochwasserschutzes an die neuen Risiken durch Klimawandel und wachsender Besiedlung.
Jagdgesetz	Präventive Regulierung von Wolfsbeständen wird möglich.
Gentechnikgesetz	Nachfolgeregelung für das Gentech-Moratorium (Regelung für das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen).
Gewässerschutzgesetz	Die Anpassungen betreffen den Trinkwasserschutz durch die Bestimmung der Zuströmbereiche. Zudem Regelungen bei Abwasserreinigungsanlagen für die Reduktion der Stickstoffeinträge und die Elimination von Mikroverunreinigungen.

Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)

WELCHES GESETZ	DABEI GEHT ES UM...
Raumplanungsgesetz (RPG 2)	Mit seiner Botschaft zur zweiten Revisionsstufe des RPG (RPG 2) hat der Bundesrat auf das Bauen ausserhalb der Bauzonen fokussiert. Ein Ziel ist es, den Gestaltungsraum der Kantone und Gemeinden zu erweitern, ohne den Trennungsgrundsatz (Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet) zu schwächen. Zudem soll die Zahl der Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen stabilisiert werden. Die UREK-S hat bei ihrer Beratung entschieden, die zentralen Anliegen der Landschaftsinitiative aufzunehmen. Der Ständerat hat in der Folge beschlossen, RPG 2 der Initiative als indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen.
Beschleunigungsvorlage	Der Bundesrat will den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion beschleunigen . Einerseits sieht er vor, die Planungs- und Bewilligungsverfahren für die bedeutendsten Anlagen der Wasserkraft und der Windenergie zu beschleunigen. Andererseits will er den Ausbau der Photovoltaik und Solarthermie vorantreiben. Da diese Verfahren Sache der Kantone sind, beschränkt sich der Bund im Wesentlichen auf Vorgaben für die Planung und Bewilligung von Anlagen von nationalem Interesse.
Zweitwohnungsgesetz (ZWG)	Die UREK-N arbeitet an einer Umsetzung der Parl. Initiative von Nationalrat Martin Candinas. Sie verlangt eine Anpassung des ZWG. Das Ziel sind mehr Nutzungsmöglichkeiten für altrechtliche Wohnungen (d. h. von Wohnungen, die zum Zeitpunkt der Abstimmung am 11. März 2012 bereits bestanden). Künftig sollen u.a. bei einem Abbruch und Wiederaufbau einer altrechtlichen Wohnung eine Erweiterung der Hauptnutzfläche um maximal 30 Prozent und die Schaffung zusätzlicher Wohnungen und Gebäude möglich sein.

Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Verkehr (BAV)

WELCHES GESETZ	DABEI GEHT ES UM...
Bundesbeschlüsse zu den bestehenden Eisenbahn-Ausbauschritten	Finanzierung von Mehrkosten, Beschluss Vollausbau Lötschberg-Basistunnel
Revision Gütertransportgesetz	Förderung des Schienengüterverkehrs im Inland
Bundesbeschlüsse zur Finanzierung des Betriebs und Substanzerhalts der Bahninfrastruktur, der Systemaufgaben in diesem Bereich und zu Investitionsbeiträgen an private Güterverkehrsanlagen in den Jahren 2025-2028	Finanzierung des bestehenden Eisenbahnnetzes und seiner kontinuierlichen Modernisierung (im üblichen 4-Jahres-Rhythmus)
Bundesbeschluss über einen Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2026–2028	Finanzierung (Bundesanteil) des regionalen Personenverkehrs (mit zeitlicher Angleichung an Finanzierung der Bahninfrastruktur, vgl. oben)
Bundesbeschluss Finanzierung Autoverlad	Finanzierung weiterer Modernisierungsarbeiten an den Autoverlad-Anlagen und neue Finanzierungsform für das Autoverlad-Rollmaterial
Revision Schwerverkehrsabgabegesetz	Weiterentwicklung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe
Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur	Schaffung einer unabhängigen Schnittstelle für den besseren Austausch von Mobilitätsdaten, die unter anderem die Entwicklung kundentreuere Mobilitäts-Apps erleichtern soll

Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Strassen (ASTRA)

WELCHES GESETZ	DABEI GEHT ES UM...
Abgabe auf Elektrofahrzeuge	Neues Bundesgesetz über eine Abgabe auf Elektrofahrzeuge . Die Vorlage trägt dem Umstand Rechnung, dass mit zunehmender Elektromobilität die Einnahmen aus den Mineralölsteuern kontinuierlich abnehmen.
Revision Strassenverkehrsgesetz (SVG) (plus diverse Verordnungen und Motion «Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren»)	Ziel ist die Lärmreduktion durch Fahrzeuge, wodurch die Gesundheit der Bevölkerung besser geschützt wird. Dabei sollen auch neue Straftatbestände beim Lärm geschaffen werden.
Diverse Verordnungen zum Strassenverkehrsgesetz (SVG)	Ziel ist die Schaffung einer einheitlichen und übersichtlichen Regelung für Motorfahräder, die Sicherstellung der effizienten Nutzung der Verkehrsflächen, eine Priorisierung des Langsamverkehrs an neuralgischen Orten und die Verbesserung der Sicherheit im Strassenverkehr.
Strassenverkehrsgesetz (SVG) – automatisiertes Fahren	Zur Diskussion stehen folgende Rahmenbedingungen für das automatisierte Fahren: <ul style="list-style-type: none"> – Fahrzeuglenkende können von ihren Aufmerksamkeits- und Beherrschungspflichten befreit werden, wenn sie mit aktiviertem Automatisierungssystem fahren (z.B. Staupiloten). – Auf abgegrenzten Parkierungsflächen, die durch deren Betreiber überwacht werden, können Fahrzeuge führerlos parkieren («Automated Valet Parking»). – Führerlose Fahrzeuge können auf festgelegten Strecken verkehren, wenn sie von einem Operator überwacht werden (z. B. «Shuttles»). – Führerlose Fahrzeuge mit geringen Dimensionen und niedriger Geschwindigkeit (z. B. Lieferroboter) können streckenunabhängig verkehren.
Strassenverkehrsgesetz (SVG) – Förderung umweltfreundlicher Technologien	Fahrzeuge mit umweltfreundlichen Technologien sind oft länger oder schwerer als herkömmliche Fahrzeuge, zum Beispiel wegen der Batterie. Um zu vermeiden, dass sie deswegen weniger laden können, dürfen die umweltfreundlichen Fahrzeuge neu schwerer und länger sein.
Strassenverkehrsgesetz (SVG) – Anpassungen bei Raserdelikten	Raserdelikte werden weiterhin streng sanktioniert. Das Gericht darf die Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr aber künftig unterschreiten, wenn die Täterin oder der Täter aus achtenswerten Gründen zu schnell fuhr (z.B. dringende Fahrt ins Spital) oder die Person bisher einen sauberen automobilistischen Leumund hatte. Entsprechend kann das Strassenverkehrsamt bei Raserdelikten die Mindestentzugsdauer des Führerausweises von zwei Jahren auf zwölf Monate senken.

Laufende Gesetzgebungsprozesse im Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL)

WELCHES GESETZ	DABEI GEHT ES UM...
Teilrevision Luftfahrtgesetz (LFG)	Zur Umsetzung mehrerer vom Parlament angenommenen Motionen sind Anpassungen im LFG notwendig. Sie betreffen die Strafkompetenzen des Bundes , die Finanzierung der Flugsicherung auf Regionalflugplätzen , das Höchstalter für Helikopterpiloten im gewerbsmässigen Personen- und Gütertransport und die Befreiung der Konzessionserteilung an Flughäfen von der öffentlichen Ausschreibungspflicht .

Hinweis: Das Bundesamt für Kommunikation hat **keine** laufenden Gesetzgebungsprozesse.